Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
31. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 31 / 17
4. Dezember 2026

Thema: Inklusion und Teilhabe sind nur im Frieden möglich!

Beschlussvorschlag der Fraktion Landesarbeitsgemeinschaft selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei Die Linke

Das 31. Bremer Behindertenparlament stellt fest:

Bremen hat eine lange Tradition des Eintretens für friedliche Konfliktbeilegung und Abrüstung. Bereits im Jahr 1986 – als die Welt noch in zwei hochbewaffnete Militärblöcke geteilt war, die sich feindlich gegenüberstanden – gab sich die Universität Bremen eine Zivilklausel. Dies geschah aus der Erkenntnis, dass Rüstung und Krieg immer zu Zerstörung und Not führen. Diese Erkenntnis heute aufzugeben, führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern erhöht die Kriegsgefahr. Krieg bedeutet für alle Menschen Not und die Gefahr von Tod. Behinderte Menschen wären von einer solchen Entwicklung besonders betroffen, weil ihnen das Aufsuchen von sicheren Orten oder auch die Flucht nur eingeschränkt möglich wäre. Hinzu kommt, dass in einem zerstörten Land die volle gesellschaftliche Teilhabe von behinderten Menschen kaum möglich wäre. Inklusion und Teilhabe sind Menschenrechte und nur im Frieden umsetzbar.

Das Bremer Behindertenparlament möge beschließen:

Das Bremer Behindertenparlament ist überzeugt, dass Inklusion und Teilhabe nur unter Bedingungen des Friedens und der Verständigung möglich sind. Deshalb fordert das 31. Bremer Behindertenparlament Bürgerschaft und Senat auf, alle notwendigen Schritte zu gehen, damit das Land Bremen ein Ort des Friedens bleibt. Hierzu gehört vor allem die Beibehaltung der Zivilklausel im Hochschulgesetz. Der geplante Umbau des Hafens in Bremerhaven zu einem riesigen Militärhafen würde enorm viel Geld verschlingen. Schon heute fließt jeder dritte Euro des Bundeshaushalts in das Militär. Jeder Euro der für Rüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle – nicht zuletzt für die Verwirklichung der Menschenrechte Inklusion und Teilhabe. Deshalb muss heute an der Friedensfähigkeit gearbeitet werden und nicht an der Kriegstüchtigkeit.

Für die Fraktion: Tim Sültenfuß

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2027 erbeten

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe
– Herrn Gerald Wagner –
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen
www.lags-bremen.de
info@lags-bremen.de